

**WAS ERWARTEN SICH ARBEITNEHMER/-INNEN
VON DER EU? Solidarische Wirtschaftspolitik auf
überstaatlicher Ebene**

KURZFASSUNG

Rainer Bartel

Wettbewerb ist für eine leistungsfähige Marktwirtschaft unabdingbar, doch darf es keinen Freibrief für die Marktkräfte geben. Wirtschaftspolitik hat sich immer auch auf die volkswirtschaftliche Ebene und Gemeinschaftsinteressen zu richten. Neoliberale Stabilitätspolitik widerspricht aber einer solidarischen Stabilisierungspolitik. Weiter kommen Marktregulierung und sozialer Ausgleich zu kurz. Wettbewerb zwischen Nationalstaaten bringt keine internationalen öffentlichen Güter, also kein maximales Gemeinwohl zustande; folglich ist hier der zentrale Ansatzpunkt für solidarische EU-Wirtschaftspolitik. Eine solche könnte von der EU als Global Player auch in WTO und IWF verankert werden. Insofern ist die EU als Institution eine Hoffnungsträgerin für solidarische Wirtschaftspolitik. Doch zuvor muss sie ihren schädlichen neoliberalen Kurs aufgeben. Demokratie setzt ja Änderbarkeit voraus, doch ändert sich bei hoch konzentrierten, auf neoliberaler Linie schwimmenden Medien nicht so leicht etwas. Daher muss auch immer wieder auf eine zweckmäßige ArbeitnehmerInnenpolitik gedrängt werden. Diese ist nicht nur legitime Interessenpolitik, sondern auch volkswirtschaftlich effiziente Wirtschaftspolitik. Hierfür ist eine Wirtschafts- und SozialpartnerInnenchaft mit ganzheitlicher Perspektive förderlich. Es darf keine Standortkonkurrenz als „Rennen nach unten“, sondern soll internationale Politikkoordination für einen gemeinsamen „Gang nach oben“ geben. Kostensenkungsstrategien auf Kosten der ArbeitnehmerInnen sind kurzfristig und durch gemeinschaftliche Mindeststandards (ggf. differenziert, aber mit Sperrklinkeneffekt) zu ersetzen. Ebenso soll Steuerdumping mittels EU-harmonisierten Steuerbemessungsgrundlagen und Mindeststeuersätzen ausgeschlossen werden. Statt monetaristischer Geldpolitik soll koordinierte Lohn- und Preispolitik für niedrige Inflation sorgen; dem Staat fällt die Umverteilungsaufgabe zu. Die EU soll über eigene Einnahmen verfügen, die ihr mehr Ausgaben ermöglichen sollen; vorgeschlagen wird eine Finanztransaktionssteuer, ggf. im EU-Alleingang. In der EU muss Soziales sozial bleiben. Eine neoliberale EU-Verfassung wäre der schlimmste Fall.